

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
General Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21808.
Postamt Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 52.

Dienstag, 4. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Spalten) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Gemüthlicher Rabatt erlitten, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in irgend welcher Hinsicht Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Geschichte an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintzsch, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Schlachtvieh vom 1. Februar 1919 — Nr. 32 der Sächsischen Staatszeitung — wird wie folgt geändert:
§ 25 Abs. 1 der Verordnung erhält folgende Fassung:
Auf der Sammelstelle findet für Rinder und Schafe eine Nachprüfung des Gewichtes durch einen vereidigten Wäger, eine solche der Wertklasse und des gezahlten Preises durch einen von der Landesfleischstelle ernannten unparteiischen Ausschuss statt. Der Ausschuss hat auch bei Streitigkeiten, die bei der Ablieferung von Schweinen und Rälbern entstehen, endgültig zu entscheiden.
Dresden, am 27. Februar 1919.
Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Aufhebung der Bewirtschaftung von Runkelrüben.
Gemäß Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 27. Februar 1919 wird hiermit die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. September 1918 — Sächs. Staatszeitung vom 1. 10. 18 — über die Bewirtschaftung von Runkelrüben aufgehoben.
Dresden, am 1. März 1919.
Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Freitag, den 7. März 1919, abends 8 Uhr öffentliche Sitzung des Gemeinderates im Rathaus Walfisch. Tagesordnung hängt im Gemeindeamt öffentlich aus.
Weißa, am 3. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Der Streik.

Die Kämpfe in Halle.

Ueber die Vorgänge in Halle veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung“, die von gestern ab keine regelmäßige Ausgabe mehr hat, sondern nur noch ein zweifelhaftes Nachrichtenblatt herausgibt, eine längere Darstellung, der wir folgendes entnehmen: Am Sonntag 2 Uhr mittags rückten Regierungstruppen in Halle ein. Die Besetzung der Artilleriekaserne und des Bahnhofs, bemächtigten sich dann der Post und drangen bis zum Marktplatz vor. Als dort ein größerer Trupp den Versuch machte, die rote Fahne vom Rathaus herunterzuholen, stürzte sich eine erregte Menge auf die Soldaten, entzogen ihnen die Gewehre und warf die Maschinengewehre in die Saale. Ein Kraftwagen mit zwei Offizieren wurde umgestürzt und der eine Offizier in die Saale geworfen, wo er ertrank. Heftige Teilkämpfe wurden am Sonntag tagsüber und in der Nacht zum Montag geführt, die sich namentlich zwischen der Post und dem Theater abspielten, das von Rotkriegen besetzt war. Die Regierungstruppen verwandelten bei diesen Kämpfen Rinnenwerke. Um 1 Uhr morgens war die militärische Lage in Halle vollkommen verworren. Die Stadt hat schwer gelitten. In den großen Geschäften sind sämtliche Geschäfte wüthig ausgeplündert. Ganze Warenhäuser sind bis unter das Dach ausgegraben. Berge von Glasplittern, Verpackungsmaterial, Flaschenzerbrochen und Marenreihen liegen in den Straßen. Noch in der Nacht zum Montag waren die Plünderer eifrig bei der Arbeit. Die Geschäfte sind während der Ereignisse das Leben eingebüßt. Die Verluste der Regierungstruppen sind nach der Volkszeitung sehr hoch. Ein Teil von ihnen sei desertiert. Die Volkszeitung macht für die Verletzungen und Plünderungen die Regierungstruppen verantwortlich, die den Widerstand der Halleischen Sicherheitswehr und der Arbeiterhaft herausgefordert hätten. General Mäcker habe am Sonntag abend angeboten, daß die Halleischen Sicherheitsstruppen wieder für Ruhe und Ordnung sorgen müßten.

Streiknachrichten aus Sachsen.

Aus Leipzig wird gemeldet: Wie schwerwiegend und verhängnisvoll die Behinderung der ärztlichen Tätigkeit durch den Generalkrieg ist, geht aus folgendem Schreiben der Direktion der Universitäts-Frauenklinik an den Rat hervor: Da die Krankenzimmer der Frauenklinik wegen Kohlenmangels nicht mehr beheizt werden können, infolge dessen auch keine Operationen ausführbar sind und außerdem zu befürchten steht, daß die Nahrungsmittelzufuhr immer knapper wird, ist die untergeordnete Direktion zu ihrem Bedauern genötigt, alle Kranken, die nicht längerer sind und bei denen ein Nachteil für ihre Gesundheit nicht zu befürchten steht, soweit sie in Leipzig und Umgebung wohnen, in häusliche Pflege zu entlassen. Neuaufnahmen aber nur dann zu gestatten, wenn es sich um Personen handelt, deren Zustand mit Lebensgefahr verbunden ist. Operationen, insbesondere Bauchschnitte können wir nicht ausführen, weil die Abführung der Peritonäalflüssigkeit zum Tode führt. Sollte bis zum 4. März keine Kohlenzufuhr erfolgen, so muß der ganze Betrieb der Klinik geschlossen werden, da weder gekocht, noch gewaschen werden kann. Es ist unermesslich und selbstverständlich, daß bei Geburten viele Wäse blutig und schmutzig wird. Wenn nur zwei Tage nicht gewaschen werden kann, ist die reine Wäse aufgebraucht, was zur Schließung des Betriebes zwingt. Denn wir können durchblutete oder schmutzige Wäse nicht wieder abdrücken. Wir bitten dringend darum, unserer Anhalt Kohlen zukommen zu lassen, selbst unter Zurückstellung anderer Bedürfnisse, damit der behauerliche und ärgerlichste Nothand, der durch den Kohlenmangel einzutreten droht, von uns abgewandt werde. — Der Arbeitsauschuss der arbeitswilligen Eisenbahner läßt ein Flugblatt verteilen, in dem die arbeitswilligen Eisenbahner die Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnverkehrs fordern. In dem Flugblatt steht es u. a.: Die Verhandlungen der arbeitswilligen Eisenbahner mit der Streikleitung der Eisenbahner haben ergeben, daß die Streikleitung nur die Beförderung von Lebensmitteln anlassen will und die Beförderung von Kohle und anderen Gütern sowie von Personen ablehnt. Die Streikleitung hat erklärt, keinerlei Zugehändnisse machen zu können, die geeignet sein würden, den Erfolg des Generalkriegs in Frage zu stellen. Die arbeitswilligen Eisenbahner erklären, daß sie einer kleinen Gruppe zur Erreichung politi-

scher Ziele nicht dienen dürfen, sondern ihre Tätigkeit für das Wohl der Allgemeinheit ausüben müssen und deshalb bereit sind, den vollen Eisenbahndienst jederzeit wieder aufzunehmen.

Wie aus Burzen gemeldet wird, ist dort der Streik ausgedehnt. Das Elektrizitätswerk liegt still. Die Bürgerwehr plant einen Gegenstreik. Die Eisenbahnen verkehren noch.

Die Chemnitzer Straßenbahnangehörigen haben in einer Versammlung beschlossen, sofort in den Ausstand einzutreten, weil ihre Forderungen nach Lohnverhöhung und anderer Dienstleistungen von der Direktion nicht erfüllt wurden. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Die Textilarbeiter haben in Weiskirchen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache sind Lohnforderungen. Sie verlangen einen Mindestlohnplan.

Eine von mehreren Tausend Bergarbeitern besuchte Versammlung in Weiskirchen hatte auf Grund der Kundgebung der Reichsregierung beschlossen, den Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Demzufolge ist die Arbeit in allen Gruben und Bergwerken wieder begonnen worden. Der Streik im Meuselwitzer Bezirk ist vollständig ruhig verlaufen.

In einer Sitzung des Großen Leipziger A- und S-Rates wurde beschlossen, daß die unabhängigen Abgeordneten der sächsischen Volkskammer in Mittel- und Ostdeutschland zu wirken haben, daß dort auch in den Generalkrieg getreten und daß in Sachsen die Rotepublik ausgerufen werde. Die Landwirte in Pankitz bei Leipzig haben beschlossen, als Protest gegen den Generalkrieg die Arbeiter selbst in den Streik einzutreten. Es sollen feierliche Mahnungsmittel mehr nach Leipzig gesteuert werden.

Auch im sächsischen Grunde bei Dresden ist es zu einem allgemeinen Streik der Fabrik- und Bergarbeiter gekommen. Es bildete sich in den ersten Vormittagsstunden ein Demonstrationzug, der von Fabrik zu Fabrik marschierte und die Arbeiter zur Einheitsfront der Arbeit aufrief. Viele Arbeiter leisteten dieser Aufforderung nur nach Androhung von Gewalt Folge. Einzelne Fabriken wurden besetzt. Spartakisten haben das Elektrizitätswerk und das Gaswerk besetzt. Die Zeitung „Mittelpunkt“ in Postkapell wurde am Erscheinung verhindert.

Ueber die Aussichten auf Vereinigung beim Fortführung der Streiks wird von einem Mitglied der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß man auch in sächsischen Regierungskreisen die Ansicht von Reichswehrminister Roste teile, der ein Abflauen der Streiks für die nächsten Tage erwarte. Positive Aussagen hierüber im Augenblick zu machen, sei auch für Sachsen im Anbetracht des unruhigen Zustandes unmöglich, aber es werde angenommen, daß die Leute nach einigen Streiktage zu der Ansicht kommen würden, daß sie sich doch selbst am meisten schädigen. Ueber die Frage der Inszenierung von Bürgerkriegs aufruf hat das betreffende Mitglied der Regierung dahin, daß ein solcher Streik noch eine unprobierte, aber sehr bedeutende Sache sei. Verhandlich sei es, daß unter den Bürgerlichen über das Vorgehen der Arbeiterschaft Erregung herrsche und diese Kreise Gegenstreiks verankalten. Ob dadurch das Unheil vergrößert oder verkleinert werde, bleibt zweifelhaft.

Gewalttätige Lage

im Industriegebiet an der sächsischen Grenze.
Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, ist die Lage im preussischen Industriegebiet an der sächsischen Grenze gegenwärtig zwar noch ruhig, kann jedoch als sehr gespannt bezeichnet werden.

Belagerungszustand über Berlin.

Um die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Winderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Nieder-Barnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken Reichswehrminister Roste über, der in Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

In der Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiter kam es zu heftigen Stürmungen. Als dem Vorsitzenden des Zentralrates Cohen das Wort erteilt wurde, erhoben die Kommunisten und Unabhängigen Einspruch mit der

Pachtland am Gemeindegewässerwerk Gröba.

Das von uns parzellenweise am Gemeindegewässerwerk verpachtete Land darf, wie wir hiermit erneut ausdrücklich bekanntgeben, weder mit dem Pflug noch mit der Egge bearbeitet werden, damit eine Beschädigung der angepflanzten Obstbäume vermieden wird. Pachtverhältnisse geachtet.
Weiter weisen wir hierbei daraufhin, daß in einer Entfernung von 1/2 Meter vom Stamm der in diesem Gelände angepflanzten Obstbäume jede Bearbeitung und Bestellung zu unterbleiben hat. Der Boden darf um die Obstbäume nur leicht gelockert werden.
Gröba (Elbe), am 3. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung

findet infolge Meinigung der Geschäftsräume diese Woche Donnerstag, den 6. März 1919, vorm. 8-11 Uhr im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, statt.
Gröba (Elbe), am 4. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Donnerstag, den 6. März 1919, vormittag 9 Uhr werden im Radenlanger Zeitbau ältere Geräte, Altmaterial wie Blei, Eisen, Kupfer, Messing, Rotguth, Zink usw., selbstgefertigte hölzerne Geräte wie Bänke, Schränke, Tische, ferner transportable Kochkessel, Kochlöten, Fahrzeuge und Stallteile wie Krappenscheffel, Lattierbäume, Weblechtafen usw., versteigert.
Die Bedingungen liegen hier aus. Garnisonverwaltung Tr.-Pl. Zeitbau.

Begründung, daß er auf dem Arbeiterrate nichts zu suchen habe. Als ihm die Mehrheit trotzdem das Wort erteilte, verließen sie unter großem Lärm den Saal. Es erschien eine größere Anzahl von Deputierten auf der Volksversammlung, die erklärten, daß man sich in den Betrieben der Metallindustrie sowie in den Eisenbahnwerkstätten mit großer Mehrheit für den Generalkrieg erklärt habe. Die Volksversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins beschloß mit großer Mehrheit die sofortige Proklamierung des Generalkriegs. — Der Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der „Roten Fahne“ zum Generalkrieg auf. Am Schlusse des Aufrufes heißt es: Nieher mit Ebert, Scheidemann, Roste. Nieher die Nationalversammlung. Alle Macht den Arbeiterräten! Laßt euch nicht wieder einwickeln, wenn wieder neue Mittelsmänner kommen und mit dem Ebert-Scheidemann verhandeln und eine neue Entschlebung aufsetzen. Von den Ebert-Scheidemann laßt euch nicht wieder in den Arm fallen, von keinem, heiße er wie er wolle, heiße er sich auch ein Unabhängiger. Denn was wir jetzt fordern, darf euch nicht versprochen werden, es muß geschehen. — Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeiterrates veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem die gesamte Arbeiterschaft gebeten wird, im Falle eines Generalkriegs den Grundgedanken der Neutralität zu bewahren und nach wie vor jedem Hilfsbedürftigen, gleichviel welcher Parteilichung, ärztliche Hilfe zu gewähren.

Am Nachmittag kürzten Spartakisten im Norden Berlins einige Polizeirevier und überfielen hier sowie im Zentrum mehrere Patrouillen. Gleich zu Beginn der Kämpfe wurde ein Polizist erschossen. Eine große Truppenmenge ist in Berlin zusammengezogen. Reichswehrminister Roste ist aus Weimar in Berlin eingetroffen. Die kreisenden Arbeiter erheben die Forderung nach sofortiger Besetzung der Regierung, Einführung des Rätebundes und augenblickliche Sozialisierung. Der Streik soll solange fortgesetzt werden, bis diese Forderungen restlos erfüllt sind. Die unabhängigen Sozialdemokraten haben eine Erklärung erlassen, daß sie sich unbedingt an dem Streik beteiligen wollen. Der Streik in den Zeitungsdruckereien von Roste, Scherl, Ullstein und Bürgerstein dauert fort; auch die Kreuzzeitung erscheint noch nicht wieder. Der Bürgerrat Groß-Berlins hat beschlossen, bei einem Generalkrieg der Arbeiter in einen Gegenstreik einzutreten. Die Anhänger der Mehrheitssozialisten unter der Arbeiterschaft Groß-Berlins ist unter allen Umständen gegen den Generalkrieg.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kassel: In Bad Wildungen ist eine Schar Spartakisten in 20 Panzerautos aus dem Westfälischen eingetroffen. Sie sollen sich angeblich auf der Reise über Marburg nach der Gegend von Frankfurt a. M. befinden.

Auf dem Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten teilte Daase mit, daß der Präsident des Freistaates Oldenburg, Kubnt, verhaftet worden sei, angeblich auf Veranlassung Rostes. Kubnt sei nach Bremen und von dort nach Berlin befördert worden. Ferner sei der Vorsitzende des Soldatenrats in Münster, Gerber, und das Mitglied der Nationalversammlung Adhnen in Halle verhaftet worden. Auf Antrag Daases beschloß der Parteitag, wegen dieser Verhaftungen ein Protesttelegramm an die Regierung in Weimar zu senden.

Die Arbeiterunruhen im Oberelsaß.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß seit Anfang der vorigen Woche im Ober-Elfaß schwere Arbeiterkämpfe eingeleitet haben. Die Forderungen der Arbeiter wurden als unannehmbar bezeichnet und militärische Verstärkungen herangezogen. In Mühlhausen streikten allein 15000 bis 20000 Arbeiter, im oberelsässischen Kohlenbezirk 6000. Auch die Metallarbeiter haben einen Streik angedroht, falls ihre Forderungen auf Lohnverhöhung und achtstündige Arbeitszeit nicht bewilligt werden. Der Generalkrieg dürfte im Ober-Elfaß unmittelbar bevorstehen. Die Auskünde sind auch eine Folge der unerhört hohen Lebensmittelpreise.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. März 1919.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 7 Uhr ab im Realprogymnasium abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Als Vertreter des Rats wohnte Herr Bürgermeister Dr. Scheider der Sitzung bei. Das Kollegium war vollständig anwesend. Auch

... eine ein Dutzend Arbeiter hatte sich wieder eingefunden. Die Sitzung leitete Herr Stadtschreiber Schönlank.

1. Wahl des 2. Vorsitzenden. Die Wahlmänner ergriffen wieder 10 Stimmen für Herrn Romberg und Richter. Es wurde also wieder das Bes. zu entscheiden. Es wurde diesmal von Herrn Stadtschreiber Schönlank und endlich zugunsten des Herrn Romberg. Dieser nahm die Wahl an und wurde vom Herrn Vorsitzenden Schönlank und Herrn Bürgermeister Dr. Scheider in seinem Amt begrüßt, wofür er mit Dankworten erwiderte.

2. Teuerungsbekämpfung für die Kahl. Arbeiter. Die Kohlen- und Wasserwerksarbeiter, sowie die Arbeiter des Schlachthofes haben um Gewährung einmaliger Teuerungszulagen nachgesucht. Der Rat hat beschlossen, dem Bes. zu entsprechen und die erforderlichen Mittel in den entsprechenden Positionen des Haushaltsplans vorzuschlagen. Die Beschlüsse sollen nach folgenden Grundsätzen gewährt werden:

1. Erhaltung der 1. Dezember 1918. Verbeirätete Arbeiter und verwitwete und getrennt lebende mit eigenem Haushalt erhalten bei über 5 jähriger Beschäftigungsdauer Grundbetrag 300 Mk., für jedes Kind, das am 1. 12. 18 noch nicht 15 Jahre alt war, 20 Mk., bei über 1- bis 5 jähriger Beschäftigungsdauer Grundbetrag 150 Mk., für jedes Kind wie oben 20 Mk.; bei Arbeitslosigkeit in der Zeit nach 1. Januar bis 1. Dezember 1918 Grundbetrag 100 Mk., für jedes Kind wie oben, 10 Mk. Unverbeirätete erhalten in jedem Falle 70 Prozent des Grundbetrages. Arbeiter, die nach dem 1. 12. 18 erst in städtische Beschäftigung getreten sind, erhalten die Teuerungszulage nicht. Arbeiter, die vor dem 1. 12. 18 aus dem Dienst zurückgetreten sind und die vor dem Eintreten zum Kriegsdienste bei der Stadt mindestens vier Monate gearbeitet haben, wird die Kriegsdienstzeit als Arbeitsdauer angerechnet. Die durch diese einmaligen Teuerungszulagen erforderlich werdenden Aufwendungen belaufen sich auf insgesamt 6815 Mark.

Die städtischen Arbeiter haben sich mit diesen Grundsätzen im allgemeinen einverstanden erklärt, jedoch erludt, auch diejenigen Arbeiter mit einer Summe zu bedenken, die erst nach dem 1. Dezember 1918 in städtische Arbeit getreten sind. Herr Bürgermeister Dr. Scheider legte die Beschlüsse dar, von denen man sich bei der Erhebung des Bes. nicht lassen lassen und bemerke sodann weiter, daß vorzuschlagen gewesen sei, daß diejenigen Arbeiter, die erst nach dem 1. Dezember 1918 eingetreten sind, den Zusatz haben würden, die Teuerungszulage auch zu bekommen. Der Rat habe auch diese Frage beraten, habe sich aber nicht im einstimmigen Sinne entscheiden können. Es sei auch anderwärts nicht üblich, daß man denjenigen, die erst kurze Zeit im Arbeitsverhältnis stehen, gleich höhere Zulagen mache. Herr Stadtschreiber Schönlank beantragte, denjenigen Arbeitern, die 1 bis 5 Jahre in städtischen Diensten sind, die gleiche Beihilfe zu gewähren, wie den über 5 Jahre Beschäftigten. Dieser Antrag wird angenommen und hierauf auch der Ratbeschluss mit Berücksichtigung des Antrags Schneider.

3. Der Gewährung erhöhter Teuerungsbekämpfung an städtische Ruhegehaltsbesitzer stimmt das Kollegium ebenfalls zu. Es kommen 8 Personen in Frage. Der Betrag beläuft sich auf insgesamt 1060 A.

4. Jährlicher Beitrag für den städtischen Gärtnereitag. Der städtische Gemeinderat will in Dresden eine Einrichtung treffen, die alles Material sammeln soll, das geeignet ist, die Gemeinden in der Erledigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. In den Kosten sollen die Gemeinden mit jährlichen Beiträgen herangezogen werden, die sich auf 5 A für je 1000 Einwohner belaufen. Der Rat hat beschlossen, der Eingabe zu entsprechen, das Kollegium beschließt in gleichem Sinne.

5. Versicherungsgebühren. Dem Ratbeschluss, die Wasserwerk-Versicherungsgebühren von 2 auf 5 Prozent zu erhöhen, wurde, nachdem Herr Bürgermeister Dr. Scheider die Notwendigkeit der Erhöhung begründet, ausgemittelt. Die Erhöhung wird sich auf 250 A pro Jahr und Wasserwerk belaufen. Wenn eine Verringerung der Unkosten eintritt, wird auch die Versicherungsgebühr wieder herabgesetzt werden.

6. Hilfskraft für die Erwerbslosenfürsorge. Bei der bisherigen Erwerbslosenfürsorge nach § 103 Abs. 1 des Reichsversicherungs-Gesetzes ist eine Hilfskraft erforderlich. Dem Ratbeschluss, die Hilfskraft einzustellen und hierfür 50 Mark zu bewilligen, stimmt das Kollegium zu. Der Rat wurde jedoch ermächtigt, eventuell die Vergütung bis zu 75 Mark zu bemessen.

7. Verpachtung der Schankwirtschaft im Stadtpark. Der Rat hat beschlossen, die Schankwirtschaft im Stadtpark an Herrn Schankwirt Otto Weser zum Preise von 600 Mark jährlich zu verpachten. Der Pachtvertrag ist zunächst auf drei Jahre abzuschließen. Das Kollegium trat dem Ratbeschluss bei.

8. Als Vertreter des Kollegiums zur Versammlung des städtischen Bürgermeiertages am 9. März in Dresden wurden die beiden Vorsteher des Kollegiums gewählt. Als Ersatzmann wurde Herr Stadtschreiber bestimmt.

9. Kassenrevision. Das Kollegium nahm Kenntnis von dem Bericht über die Revision der Kassen der Wasserwerke durch Herrn Betriebsleiter Lamer. Die Revision hatte zu irgendwelchen Anstellungen nicht Anlaß gegeben.

10. Verfüllung des Tiefbrunnens im Wasserwerk. In diesem Punkt hatte Herr Stadtschreiber Vangensfeld die Berichterstattung übernommen. Er führte folgendes aus:

Bevor wir zur Beschaffung über die Verfüllung des Tiefbrunnens kommen, halte ich es für nötig, unseren neu eingetretenen Mitgliedern einen kurzen Überblick über dessen Vorgeschichte zu geben. Im Jahre 1917 teilte uns die Direktion des Wasserwerkes mit, daß eine Erweiterung der Wasserleitungsanlage notwendig sei. Diesem Verlangen trat man bei Bearbeitung des Industrielebensprojektes näher, weil befürchtet wurde, daß bei Herstellung des Ostendens Abflusses unserer Brunnen eintreten könnten. Um nun neue, reichere Wasserquellen zu erschließen, beschloß man, einmal nach artesischen Untergrundbrunnen bohren zu lassen. Der Rat wandte sich an den bekannten Wundschleusenforscher von Graeve in Gernrode, der am 6. und 7. März 1918 in unmittelbarer Nähe des Wasserwerkes zwei artesischen Untergrundbrunnen in 52 m Tiefe ermittelte. Die Versuchsarbeiten wurden der Bohrerfirma H. Bormann in Dresden übertragen; die Leitung der Arbeiten lag in den Händen des Ingenieurs Wittinger in Halle. Das Bohrloch hat einen Durchmesser von 40 cm. In der Tiefe von 23 m stieß man auf Gipssteine mit Granit, dann Gneis und Schiefer. Da sich nun in 52 m Tiefe noch kein artesischer Ausstrom zeigte, beschloß man, noch tiefer zu bohren und kam bei 68 m wieder auf Granit. Es wurde nun mit dem schwereren Fallbohrer noch 2 m gebohrt, so daß eine Gesamttiefe von 70 m erreicht wurde. Wohl fand man Wasser, aber kein artesisches, sondern verunreinigtes Wasser aus dem in 18 m Tiefe vorhandenen Oberwasserstrom, zum Teil mag es auch Wasser aus den unteren Schichten gewesen sein. Die nun vorgenommenen 14-tägigen Bumpversuche förderten schließlich nur ca. 18 cm Wasser zutage. Um nun die Qualität des Wassers festzustellen, sandte man je eine kleine Probe Wasser an die Landesanstalt für öffentliche Gesundheitspflege nach Dresden und an das hygienische Institut in Leipzig. Beide Institute zeigten einen sehr hohen Wassergehalt Eisengehalt auf einen Wert ca. 4-5 mgr/liter. Der hohe Eisengehalt und die erheblichen Verunreinigungen für eine Förderung von nur 200 cm in 24 Stunden aus 70 m Tiefe zwangen zur Einstellung weiterer Bohrer-

arbeiten. Nach dem erfolglosen Bohrvorgang schlug die Direktion des Wasserwerkes in Verbindung mit dem Ausschuss dem Rat auf Grund früherer Beobachtungen und veranlaßt durch die unrichtigen Beobachtungen vor, auf dem alten Ziegelgründungsbohrer anzusetzen zu lassen. Der Rat stimmte am 30. September 1918 zu und stellte ein Berechnungsgeld von 8-10000 Mk. bereit. Die Bohrerfirma Bormann bohrte unter einem Versuchsbrunnen nach 9 Beobachtungsbohrer in Tiefe von 15-18 m. Nach Beendigung dieser Bohrlöcher am 17. Februar 1919 wurde 21 Tage lang ununterbrochen, also auch bei Nacht, der Versuchsbrunnen abgepumpt, hierbei wurden täglich 70 cm Wasser zutage gefördert, die Abführung betrug etwas über 1 m. Die Annahme, daß das Wasser mit dem Grundwasser im Zusammenhang steht, ist nicht der Fall, da nach genauen Messungen der Wasserpegel im Versuchsbrunnen fortgesetzt höher steht als der Spiegel. Zur Zeit wird nun der Grundwasserpegel in dem Versuchsbrunnen und den 9 Beobachtungsbohrern aufgemessen, um die Strömungsrichtung festzustellen. Die Pläne und Kostenberechnungen für 2-3 neue Brunnen werden uns in nächster Zeit beschickigt. Jedenfalls steht bis heute fest, daß die Bohrerfirma auf dem neuen Gelände ein sehr günstiges Resultat ergeben haben, auch kann ich Ihnen noch heute kurz vor 11 Uhr eingegangener telefonischer Rückantwort der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden erkrankter Weise mitteilen, daß die Untersuchung der einzelnen Wasserprobe besonders günstig ist. In der entnommenen Wasserprobe aus dem Versuchsbrunnen ist auf 1 Liter 0,28 mgr Eisengehalt festgestellt. Die Wasserprobe im Tiefbrunnen enthielt 4-5 mgr. Was soll nun aus dem Tiefbrunnen von 70 m Tiefe werden? Soll er erhalten bleiben oder zugeschüttet werden? Mit dieser Frage hat sich einsehend der Wasserwerksausschuss befaßt, das Ausschüssen desselben wird 120 Mk. kosten, während die Erhaltung des Tiefbrunnens zu eventueller Verwendung zu irgendwelchen späteren Zwecken eine Verrohrung bis 89 m Tiefe mit 40 cm weiten Rohren mit Hinterfüllung von ca. 4000 Mk. ergibt. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 27. Februar beschlossen, von einer Verrohrung des Tiefbrunnens abzusehen, da noch nicht voraussehen ist, ob und wann das Wasser gebraucht wird und weil der Unterschied zwischen den Kosten der Verrohrung und der Zuführung ein so großer ist. Meine Damen und Herren! Im Hinblick hieran möchte ich Sie jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß wir noch vor anderen, das Wasserwerkverwaltungsamt betreffenden wichtigen Aufgaben stehen. Wie schon der Herr Bürgermeister in früheren Sitzungen erklärte, ist es sehr wahrscheinlich, daß wir zur Aufstellung von zwei Hochdruckzentrifugal-Pumpen kommen werden und in geordneten Zeiten zur Schaffung einer Entlüftungsanlage, zur Errichtung eines größeren Hochbehälters und zur Erweiterung des Straßennetzes Schritte müssen. Sie sehen, daß es auf dem Gebiete der Wasserwerkverwaltung noch große Aufgaben zu erfüllen gibt. Aber die Verbesseerung einer einwandfreien Wasserwerkverwaltungsanlage gehört zu den ersten Pflichten einer Gemeindeverwaltung. Wenn nun auch unter erster Schritt zur Verbesseerung der Wasserwerkverwaltung erfolglos war, so dürfen wir weitere Kosten nicht scheuen bis alles getan ist, was zur Vervollständigung unserer Wasserwerkverwaltung nötig ist. Wie haben uns nun über die Mittelbeschaffung zum Ratbeschluss zu äußern.

Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte hierzu aus, daß wir mit der Verfüllung des Tiefbrunnens zugleich eine Bohrung zu Grabe tragen. Die Bohrung sei notwendig gewesen, weil das Projekt eines Industrielebens vorgelassen habe. Die Angelegenheit habe zunächst gestellt werden müssen. Wenn die Zeitverhältnisse es gestatteten, würden wir sie mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Stadt wieder aufnehmen müssen. Welche diese Planung einmal verwirklicht, so sei die Gefahr vorhanden, daß die unter Wasserwerk trocken lege, da die Brunnen nur über Wasser führen können. Wenn wir auf demselben Gebiet unter Wasserleitungsanlage haben erhalten können. Deute müsse anerkannt werden, daß die Bohrung ein Mißgeschick ist. Mit dem Wasser aus den neuen Brunnen auf dem Ziegelgründungsgrundstück können wir unsere ganze Stadt versorgen. Sie ermöglichen auch eine grundsätzliche Ausbesserung der überzogenen Anlagen und der Beleuchtungen. Herr Stadtschreiber Schönlank meint, daß eine eventuelle Erweiterung des Wasserwerkes nicht nur auf die jetzigen Verhältnisse beschränkt werden dürfe, sondern auch der Zukunft Rechnung tragen müsse. Herr Stadtschreiber Schneider empfiehlt die Heranziehung eines Sachverständigen, der unter Wasserwerk einmal einer genauen Prüfung unterzieht. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß eine Verbesseerung für unsere Wasserwerkverwaltung nicht mehr bestehe. Die Stadtverordneten hätten schon vor einigen Monaten beschließen gehabt, ein umfassendes Gutachten eines Sachverständigen heranzuziehen. Der Rat habe in dieser Richtung auch Schritte unternommen und es liege ein Gutachten, das sich über die Erweiterungsnotwendigkeiten ausdrückt, zu erwarten. Das Kollegium stimmt hierauf dem Ratbeschluss einstimmig zu.

11. Verkauf von Kommunalland. Herr Stadtschreiber berichtet, daß Herr Oswald Münnich nachgesucht habe, ihm das vor seinem Grundstück, Rundteil 5, gelegene städtische Areal käuflich zu überlassen. Der Rat ist zunächst auf die Veräußerung nicht eingegangen, sondern hat sich bereit erklärt, Herrn Münnich das Areal pachtweise, zum Preise von 10 Mark jährlich zu überlassen. Herr Münnich hat darauf nochmals bestanden, ihm das Areal zu verkaufen, und zwar zum Preise von 5 Mark pro Quadratmeter. Der Rat solle jederzeit das Recht zu haben, das Areal zurückzukaufen. Der Rat hat sich schließlich damit einverstanden erklärt. Bedingung ist noch, daß beim eventuellen Rückkauf Münnich keine Ansprüche auf Entschädigung für gemachte Aufwendungen erheben kann. Das Areal ist 35 Quadratmeter groß. Es wird vielleicht einmal zur Verbreiterung der Straße benötigt, in absehbarer Zeit aber nicht. Herr Stadtschreiber hebt noch darauf aufmerksam, daß Herr Münnich beim Kauf schlechter fährt als bei pachtweiser Ueberlassung. Das Kollegium tritt dem Ratbeschluss bei, der Rat soll Herrn Münnich die pachtweise Uebernahme aber nochmals nahelegen, zu der das Kollegium ebenfalls seine Zustimmung gab.

12. Verschiedenes. Auf Anfrage des Herrn Stadtschreibers Bernh. Müller betr. Beschlagnahme der Kartoffelbockartesteile teilt Herr Bürgermeister Dr. Scheider mit, daß es gestattet sein werde, anstelle der Kartoffelbockartesteile abzugeben. Es sei schimmig, daß die Kartoffeln wieder abgegeben werden müßten, aber es geht nicht anders. Man solle sich deshalb dieser Maßnahme nicht widersetzen, zumal dies gleichbedeutend sei mit einer Beschlagnahme derjenigen Volksgenossen, die auf Bockartesteile versorgt werden müßten. Es werde mit aller Strenge vorgegangen und vom Untergrundrecht Gebrauch gemacht werden müssen. Es werde angestrebt, den Einwohnern für die abzusiekernden Kartoffeln den gleichen Preis zu bezahlen, den sie selbst hätten aufwenden müssen. — Bezüglich des im Schlachthof lagernden Schweinefleisches sei erreicht worden, daß baldigst 100 Gramm auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung freigegeben würden. Das sei nicht viel, aber es müsse auch auf eine Reserve gehalten werden, da die kommende Zeit noch sehr kritisch sei. Herr Stadtschreiber Schönlank meint, daß man sich, wie in anderen Gemeinden, auch hier auf den Standpunkt stellen werde, daß den eingegebenen Kartoffeln nichts abzugeben. Am meisten werde man sich wohl mit marktschreienden Kartoffeln eingedeckt haben. Montag früh sei

eine Anzeige eingegangen, daß hier 2000 Berliner Kartoffeln lagern sollen, von denen der größte Teil verrotten sei. Die Umverteilung hierüber sei noch im Gange. Das über die Bevölkerung am meisten, wenn sie erfahre, daß ihr Kartoffeln weggenommen werden sollen, während andere verderben. Es sei hier auch ein Teil Abmuntergut eingetroffen, darunter auch Nahrungsmittel aus Warfensendereien. Diese Nahrungsmittel müßten an das Reichs-ernährungsamt abgeliefert werden. Sackchen werde davon nichts weiter zu leben bekommen. Das Kollegium möge eine Eingabe an die Zweigstelle des Reichs-ernährungsamts in Dresden unterstellen, daß solche Nahrungsmittel in Sachen verbleiben. Das Kollegium stimmte diesem Antrag zu. Herr Stadtschreiber Schönlank erklärte schließlich noch, daß die 2000 Berliner Kartoffeln, die zum Teil verrotten seien, auf dem Bahnhof lagern sollen. Herr Stadtschreiber Tröger macht darauf aufmerksam, daß es sich wahrscheinlich nur um 200 Berliner handele, und daß die Kartoffeln so schlecht sein könnten, daß sie nicht zu verwenden seien, davon wisse er nichts. Der Vorsitzende, Herr Schönlank, hält es für angebracht, daß über das Ergebnis der Untersuchung öffentlich berichtet wird. — Herr Stadtschreiber Schönlank bittet das Kollegium, einem am Sonnabend in der „Eiberrasse“ stattfindenden Vortrag des Kultusministers Bud beizuwohnen. — Herr Stadtschreiber Schönlank bittet um Auskunft, ob es richtig sei, daß der Administrator des Rittergutes einen Herrn nach Vorn geschickt habe, um polnische Arbeiter zu holen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß ihm davon nichts bekannt sei. Wahrscheinlich handle es sich um polnische Arbeiter für den Hüttenbau, die auch nur beurlaubt seien. Daß es sich um andere Arbeiter handele, habe er für ausgeschlossen. — Schluß der Sitzung gegen 1/8 Uhr.

— Töblicher Unfall. Als vergangene Nacht auf diesem Bahnhofs der Berlin-Münchener D-Zug sich wieder in Bewegung setzte, glitt ein ansehender in seine Heimat reisender Ostafrikaner beim Wiederbesteigen des Zuges aus und geriet unter die Räder. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte hatte hier den Zug verlassen, um wahrscheinlich im Wartesaal eine Zigarre zu rauchen. Wie wir hören, heißt er Schindmeyer und stammt aus München.

— Ueber die Lage des städtischen Grundstücksmarktes wird von zwei großen schlesischen Hypothekendarlehnern wie folgt berichtet: Die Leipziger Hypothekendarlehnung schreibt in ihrem Jahresbericht: Auf dem Grundstücksmarkt der sich im Jahre 1918 erfreulich belebt hatte, ist seit der politischen Umwälzung wieder große Zurückhaltung eingetreten. Ob die Bautätigkeit bald in bedeutenderem Umfang einleiten wird, erscheint ungewiß. Staat und Gemeinden haben sich zwar bereit erklärt, zur Bekämpfung der Wohnungsnot den durch die Teuerungszulagen bedingten Mehrbetrag der Pachtkosten zu übernehmen. Diese Hilfsleistung aus öffentlichen Mitteln wird jedoch nur dann durchgeführt werden können, wenn es gelingt, die notwendigen Rohstoffe zu beschaffen und die Arbeiter in den Bau- und Bauhofbetrieben von den leider allgemein üblich gewordenen unerlösten Lohnforderungen abzuhalten. In den Großstädten und Industriezentren wird wohl überhaupt das Bedürfnis nach Beschaffung neuer Wohnungen kaum von Dauer sein. Die überaus hohen Ansprüche der Arbeitnehmer schließen die Konkurrenzfähigkeit unserer Handels- und unserer Industrie mit dem Auslande völlig aus. Die Einstellung der Betriebe und die Abwanderung der darin beschäftigten Gewerbetreibenden ist die unausweichliche Folge. — In dem Jahresbericht der städtischen Bodencreditanstalt in Dresden schreibt die Verwaltung: Die Dämpfung auf der Seite der Verhältnisse des Grundstücksmarktes, der wir im Vorjahr Ausdruck gaben, hat sich in mehrfacher Richtung verstärkt. Es war eine steigende Bewegung der Nachfrage nach Wohnungsgrundstücken wahrzunehmen, und die Verkäufe von solchen zeigten eine seit langem nicht mehr beobachtete Häufigkeit. Die für den Hausbesitz erforderliche Erhöhung der Mietzinsen machte weitere Fortschritte, infolgedessen sich auch der Eingang der Hypothekendarlehnungen erholen konnte. Bei der zunehmenden Geldknappheit wurde doch öfter eine vorzeitige Rückzahlung von Hypotheken angeboten, auch suchte das Privatkapital in größerem Umfang Anlage in hypothekendarlehnung zu suchen. Raschen sich diese Umstände in unserem Darlehensgeschäft bemerkbar, so erhöhte sich andererseits die Nachfrage nach unseren Hypothekendarlehnungen, die zu steigenden Kursen abgesetzt wurden, wodurch sich unsere greifbarsten Mittel erheblich vermehren. Dem Kleinwohnungsbaue bringen wir das weitestgehende Interesse entgegen. Da zur Beschaffung der nötigen Wohnungen die Mitwirkung der privaten Bautätigkeit erforderlich gemacht nicht entbehrt werden kann, und deshalb auf Maßnahmen Bedacht zu nehmen ist, daß es der Bauunternehmung ermöglicht wird, sich neu betätigen und auf ihre Kosten kommen zu können, so verwenden wir uns wiederum dafür, neben der beschleunigten Bereitstellung von billigen Baugrund und Material die Zahlung von Beihilfen zu den Mietzinsen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren.

— Kleinwohnungsbaue. Ueber den Kleinwohnungsbaue wurde von einem Vertreter der Regierung folgendes mitgeteilt: Seit 1. Januar d. J. besteht das Landeswohnungsamt. Es hat alle sozialen und hygienischen Fragen des Wohnungsbaues zu erledigen, Sorge für die Wohnungslosigkeit zu tragen und vor allem der Wohnungsnot abzuhelfen. Der Wohnungsmarkt läßt sich nicht genau übersehen, und das macht die Arbeit, neue Wohnungen zu beschaffen, doppelt schwer. Die Regierung ist ernstlich bemüht, die Bautätigkeit wieder zu beleben. Die Besuche um Baukostenzuschüsse geben auch in erhöhtem Maße ein, so daß man wohl ein unlerer Bautätigkeit auf eine Besserung hoffen kann. Weiter sind Maßnahmen getroffen, um die öffentlichen Gebäude zu Wohnungen zu verwenden. Als letzte Maßnahme ist die Wohnvermittlung vorgesehen, wie dies schon in anderen größeren Städten eingeführt ist. Am besten ist jedoch der Wohnungsnot durch den Neubau von Kleinwohnungen abzuhelfen. Die Beschaffung von Land ist ohne Schwierigkeit zu erreichen. Eine größere Sorge ist die Beschaffung von Bauhelfen. Die Produktion der Ziegel ist abhängig von der Kohlenfrage. Um der Ziegelnot abzuhelfen, hat die Regierung in der Nähe Dresdens ein großes Kalksandstein-Unternehmen geplant. Wegen der Holzverknappung hebt die Regierung mit der Forstverwaltung in Verbindung und beschäftigt sich hart mit der Ertrag-Baumzuchtfrage.

— Lebensmittelversorgung. Von einem Vertreter des Landeslebensmittellageres erfahren wir über die Lebensmittelversorgung folgendes: Während voriges Jahr auf den Kopf der Bevölkerung 23 Eier zur Verteilung hätten kommen können, ist dieses Jahr die Verteilung von nur 18 Stück vorgezogen. Dieser Rückgang hat seine Ursache darin, daß wir mit Ausnahme von Dänemark keine Eierzufuhr vom Auslande mehr haben. In der Fleischversorgung wird wohl eine Besserung eintreten, da die bisher geführten Streitigkeiten der Mäcker wegen Lohn erhöhungen behoben sind. Die Schuld an dem Fischmangel tragen die Hochsee und die Minengefahr. Die in letzter Zeit durch die Presse gegangene Notiz über Auftreten größerer Fischschwärme beruht zwar auf Wahrheit; es ist jedoch nicht damit zu rechnen, da es sich um eine kleinere, minderwertige Sorte von Fischen handelt.

— Erzeugerhöchstpreis für Grünholz. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat den Erzeugerhöchstpreis für Grünholz mit Wirkung vom 7. März 1919 auf 14 Mark je Zentner für die auf Grund von genehmigten Lieferungsverträgen gelieferte Ware, auf 13,50 Mark je Zentner für die übrige Ware erhöht

Waldenburger Nr. 27. Waldenburger für die Anordnung war der Umstand, daß in diesem Jahre noch sehr größere Mengen an Getreide vorhanden sind, für die sich infolge längerer Aufbewahrung der erhöhte Preis rechtfertigt.

—**Die Kirche und Lehrerschaft.** Die Chemnitzer Geistliche haben sich vorangetan, dem Religionsauschuß der hiesigen Lehrerschaft folgende Erklärung zugehen zu lassen: Die Unterzeichneten haben mit warmer Anteilnahme die Beschlüsse innerhalb der hiesigen Lehrerschaft verfolgt, unserer Schule den Religionsunterricht zu erhalten. Wir hoffen, daß aus der ruhigen Eigenarbeit der Lehrerschaft ein Neubau erhebt, dem die religiöse Unterweisung als selbständiger Unterrichtgegenstand erhalten bleibt. Wir sehen das Ziel dieser Unterweisung in der Erziehung zu lebendiger Frömmigkeit in Jesu Geist und erkennen an, daß die Behaltung des Unterrichts dem höchsten Seelenbedürfnis entspricht. Wie die Arbeit der Schule auf den Ertrag der theologischen Wissenschaft angewiesen ist und die Verbindung mit dem kirchlichen Leben nicht verlieren darf, so leben wir in einem wirkungsvollen Religionsunterricht unserer Schule die unentbehrliche Voraussetzung für unsere eigene Arbeit an der Gemeinde. Ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Schule und Kirche aber halten wir heute mehr als je für unerlässliche Pflicht und erwarten von ihm Großes für die Zukunft unseres Volkes.

—**Über die Offiziere und andere** brennende Fragen hatte der Korpskommandant kürzlich mit dem von Dresden und dem Hofbeauftragten Reuring eine eingehende Besprechung im Ministerium für Militärwesen. Es wurde in allen wesentlichen Fragen eine Verständigung erzielt. Insbesondere wurden Maßnahmen erörtert, die der besseren Vermittlung zwischen dem Minister und Leipzig dienen sollen. Die Wünsche der Leipziger, die auf eine schnellere Demobilisierung der Offiziere hinausgingen, wurden dahin beantwortet, daß das nicht mehr nötig sei; denn es werde die Demobilisierung des gesamten alten Heeres so schnell als nur irgend möglich betrieben. Bis zum 1. 4. hoffe das Ministerium, den Abbau erledigt zu haben. Eine Sonderaktion gegen die Offiziere könne nicht mehr stattfinden, da sie bereits von den Leipziger Abgeordneten erklärt, daß sie keinerlei Mißtrauen gegen den Minister hätten, sondern äußerst bereitwillig mit ihm zusammenarbeiten möchten, zumal sie sahen, daß es sich mit dem gegenwärtigen Minister besser und erfolgreicher arbeiten lasse als mit seinem Vorgänger. Man verständigte sich ferner über die Führerwahl. Es sind bereits Maßnahmen in die Wege geleitet, die es geeigneten Leuten ermöglichen sollen, in Führerstellen gewählt zu werden. Für das alte Heer habe das freilich keinen Sinn mehr, denn das sei ja bis 1. 4. erledigt. Ebenso seien Spezialmittel gegen „Neubau“ Offiziere nicht mehr nötig. Sofort nach der Auflösung des Heeres würde auch der Jahrgang 1899 entlassen, damit bis zum 1. 4. die gesamte Demobilisierung erledigt sei.

—**Zur Einfuhr von Fischen und Fischereizugarten.** In letzter Zeit mehren sich die Anträge auf Einfuhrfreigabe von Fischen und Fischereizugarten. Die Ablehnung dieser Anträge hat zu heftigen Protesten geführt, insbesondere wird der Zentralfischhändlerverband ein Wort für die Befreiung der Einfuhrzollbefreiung für Sardellen und Salzfische gemacht. Die V.-L.-G. hat jedoch mit dieser Sache nichts zu tun, da seit dem 1. Januar die Einfuhrbefreiung von der Reichsfinanzverwaltung G. m. B. H. erteilt wird. Die Reichsfinanzverwaltung muß sich dabei an die Einfuhrkontingentierung in den neutralen Ländern halten. Hier ist die Einfuhr von Sardellen wegen nach wie vor auf bestimmte Mengen beschränkt. In diesem beschränkten Rahmen müssen möglichst viel erwirtschaftet, für die Ernährung der deutschen Bevölkerung geeignete Fische nach Deutschland eingeführt werden. Dies kann nur durch Befreiung des zentralisierten Einfuhr erreicht werden. Zudem wird jede eingeführte Menge auf die Schiffsmenge angesetzt. Das Befreiung der Reichsfinanzverwaltung ist daher, einerseits möglichst billige, andererseits möglichst haltbare Fische einzu-

führen, d. h. vor allem fettere Fische. Sardellen sind ein reiner Luxusartikel. Salzfische kommen unter den heutigen Umständen, da sie im Vergleich zu frischen Fischen zu teuer sind, nicht in Frage.

—**Die Bitter.** Mit der Bitte um Aufnahme schreibt man uns: Ueber die Bekämpfung der Wohnungsnot ist bisher so viel geredet und geschrieben worden, daß nun endlich der Anfang zum Handeln gemacht werden möchte. Wie aus den Ausführungen des Gemeindevorstandes bei der Einweisung der neuen Gemeindeviertel hervorgeht, beschließen die Gemeinde, in der Oststraße neben dem jetzigen Gemeindeviertel einen Bau, bestehend aus 55 Wohnungen, zu errichten. Das Projekt ist vom Architekten Bed. Dresden, entworfen worden und sieht Kleinwohnungen bestehend aus Küche, Kammer und Küche, sowie zwei Stuben, Kammer und Küche vor. Wenn alle Schwierigkeiten überwunden werden können, soll eine Anzahl von diesen Wohnungen bereits am 1. Juli bezugsbar sein. Es werden schwere Opfer zu bringen sein, um die Bittern einer Zeit, in der das Haus sehr viel leichter war, als es gegenwärtig der Fall ist, wieder gut zu machen. Dazu kann aber jeder aus der Bürgerkraft mitwirken. Diese Mittel soll darin bestehen, daß der Spar- und Bauvereinsmitglied häufig aus allen Kreisen mehr Beachtung als bisher geschenkt wird. Die Vereinnahmung hat die schwere Zeit verhältnismäßig gut überstanden. Es ist das ein Zeichen dafür, daß ihre finanzielle Grundlage eine durchaus gute ist. Hoffentlich wird der gemeinnützige Charakter derselben nunmehr liberal gewürdigt. Die Spar- und Bauvereinsmitglied wird die Gemeinde bei der Beschaffung von Kleinwohnungen in jeder Beziehung unterstützen. Die Gemeinde wird durch die neuaffektende Zeit auch noch andere soziale Aufgaben zu erledigen haben, so daß ihr die Unterstützung der Gemeindeviertel herzlich sehr willkommen sein wird. Je mehr in nächster Zeit Mitglieder der Bauvereinsmitglieder zu strömen, desto mehr wird diese in der Lage sein, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es wird jedem so leicht wie möglich gemacht. Der Geschäftsanteil beträgt 200 M. Dieser braucht nicht unbedingt sofort, sondern kann auch in Raten zu je 2 M. im Monat bezahlt werden. Das Eintrittsgeld beträgt 1 M. Beitrittserklärungen nehmen jederzeit die Herren Ernst Köhler, Dittke 1 und Otto Daines, Georgplatz 5, entgegen.

—**Rödera.** Sonntag, den 9. März, nachm. 5 Uhr findet im Waldschloßmotel zu Rödera ein Ehren der heimgekehrten Priester für die Bewohner der Orte Rödera, Bromnitz und Mörig eine öffentliche Begrüßungsfeier statt. Sie wird bestehen in Konzert, Ansprachen und Ball. Da schriftliche Einladungen nicht ergehen, wird um allseitige rege Teilnahme gebeten.

—**Dresden.** Das vorläufig in Chemnitz und Umgegend untergebrachte Infanterie-Reg. Nr. 12 einschließlich etwa 5000 Mann nach dem Truppenübungsplatz Königsdorf verlegt. — Heute nachmittags 2 Uhr wurden im Hofgarten durch den Volksbeauftragten Reuring die Marineinfanteriekompanie sowie alle noch nicht verabschiedeten Angehörigen der übrigen Siderstruppen Dresdens verabschiedet.

—**Widau.** Neben 300 000 Stück neuen Fünfpennigern (kleineres Format) gibt die Stadt Widau jetzt zum erstenmal eiserne Groschen aus, ebenfalls 300 000 Stück, die die Größe der Reichsbankpfenniger haben, aber schön geformt sind, und das Stadtwappen, sowie die Aufschrift „Königsdorfermark“ tragen.

—**Leipzig.** Eine organisierte große Einbrecherbande, bestehend aus 15 Personen, sämtlich in Militäruniform, ist vor einigen Tagen von der Leipziger Kriminalpolizei verhaftet worden. Die gefährliche Gesellschaft hat unter der Leitung eines bewährten Anführers ihre Raubzüge ausgeführt und ist seit Dezember vorigen Jahres der Schrecken der Bahnhöfe in Leipzig-Blasewitz, namentlich der preußischen, gewesen. Eine sehr große Anzahl Eisenbahnwagen ist durch sie erbrochen und ausgeplündert worden. Die Abnehmer des gestohlenen Gutes, vorwiegend Lebensmittel, waren meist Geschäftleute, von denen nicht weniger als zehn als Dieber ermittelt worden sind.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

—**Waldenburger Fische in Köln.** Die englischen Besatzer hatten in Köln meilen viel von der Verdrängerung der zwischen den englischen Soldaten und den deutschen Familien herrschende. Man ist sich darüber nicht einig, was man unter Verdrängerung verstehen könne, und der Vertreter der „Times“ wirft a. H. die Streitfrage auf: „Ist es schon Verdrängerung, wenn jemand bei einem deutschen Lehrer oder einer deutschen Lehrerin Deutsch lernt?“ Ein Daily Mail-Korrespondent aber konstatiert, daß die englischen Soldaten auf ihre Bekanntschaften machen und sich mit deutschen Familien in ihren Wohnungen verdrängern. Um den Engländern nun ein eigenes Heim in Köln zu schaffen, hat der Oberbefehlshaber der englischen Besatzungsarmee General Plumer die Gründung eines Soldatenklubs angeordnet, der sich den englischen Soldatenklub in Paris zum Vorbild nimmt. Die Räume der Kölner „Vereinsgesellschaft“ werden zu diesem Zweck eingerichtet. Eine große Anzahl von weltlichen Bediensteten kommen aus England herüber; sie werden eine besondere Tracht tragen und im „Frankischen Hof“ Unterkunft finden. In diesem Klub ist für Karten, Wochentage, Billards usw. gesorgt. Täglich sollen etwa 3000 Essenportionen verabreicht werden. Ein Orchester wird den Konzerten zur Verfügung stehen, jedoch sie Konzerte und Bälle in dem Klub veranstalten können. Auch werden hier stets Führer zur Hand sein, die die Soldaten bei ihren Ausflügen begleiten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 4. März 1919.

Regierungsstruppen in Königsberg eingetroffen.

—**Königsberg.** Gestern früh sind Regierungsstruppen in die Stadt eingetroffen. Die Arme- und Marinevolkswehr wurde entlassen. Ihr Hauptquartier im Schloss, sowie ihre übrigen Unterkünfte sind von den Regierungsstruppen besetzt worden. — Ueber die Ereignisse und ihre Vorgeschichte erzählt W. H. folgendes: Die Bemühungen des Reichskommissars Winnig, mit dem Vorgesetzten des 1. Armeekorps eine Vereinbarung über die Auflösung der Wehr und die Neubildung einer anderen zuverlässigen Wehr unter Ausnutzung zweifelhafter Elemente zu treffen, hatten seit einigen Tagen den Vorhaben die Gewissheit gebracht, daß die preussische Nationalgarde darauf ausging, Königsberg in die Hände zu bekommen. Inzwischen waren in den letzten Wochen einige hundert Matrosen truppweise nach Königsberg gekommen. Man fand hier dem Vizegouverneur, Königsberg und Königs in die Hand zu bekommen, und so eine Stabentruppe Berlin—Königsberg bilden. Als der Vorgesetzte des 1. Armeekorps, entgegen dem Bestreben des Großen Stadtrats und über den Kopf des Reichskommissars hinweg, die Verschmelzung der Volkswehr mit der Siderstruppenarmee versagte, war schließlich zugunsten ein Gebot der Wehr. Heute morgen wurde die Kasernen der Volkswehr von Regierungsstruppen umstellt und die Mannschaften der Volkswehr aufgefordert, die Waffen abzugeben. Sie kamen dieser Aufforderung meist nach. Nur die in der Roonstraße liegenden Teile leisteten heftigen Widerstand, der durch Artillerie und Infanterie gebrochen wurde. Auch im Schloss kam es zu einigen Kämpfen, die nach kurzer Zeit mit dem Siege der Regierungsstruppen endeten. Das Generalkommando des 1. Armeekorps hat den Besatzungszustand über die Stadt verhängt. Bureaus sind die Regierungsstruppen noch mit der Säuberung der einzelnen Widerstandsnester beschäftigt, die sich an verschiedenen Stellen der Stadt gebildet haben.

Berserkene Welten.

Ein Roman von der Insel Eilt von Annh Wotho. 10. Fortsetzung.

Als sie das letzte Mal hier war, hatten sie nur ganz winzige Knospen gehabt und jetzt stand sie in voller Blüte. Die zweite Blüte war es wohl schon und bald würde der Herbst die letzten zarten Kelche grau machen und dann würden sie und sah die brennende Wärme gegenüberhaft in die graue Luft ragen und der Sturmwind würde darüber hin brausen.

Als sie das letzte Mal den Weg an den Rosenbüschen entlang schritt, da war physisch ein Schatten auf ihren Weg gefallen. Wie sie erschrocken aufschau, gewahrte sie fern auf dem Hügelgärtchen eine dunkle Gestalt, die unbeweglich zwischen den hohen Bäumen stand und nach ihr blickte.

Sie schaute den Blick den eisigen Blick Dittels an, wie er so über sie hinweg, als hätte er sie nie erkannt, wie einen körperlichen Schmerz. Fast hätte sie aufgeschrien. Aber sie bezwang sich, so daß sie äußerlich gelassen dem Dittsel zuschauen konnte. Da brannen aber doch in ihr die Gedanken an den Mann, der stand sie mit schweigendem Atem und kopfenberulien. Warum sah sie Dittsel Stöhnen? Warum schloß sie die Augen? Warum warl Monatelang hatte sie den Garten gemieden. Nur des Abends, wenn die Sonne sank, dann war sie oft durch die Weidenhede, die den Garten nach dem Bait begrenzte, geschlüpft, um rastlos den Strand entlang zu wandern, weit und weit über den Dittsel hinaus. Wie hatte sie Dittsel Stöhnen gesehen? Wenn aber der Sturm heulte und die Bogen heulen und die grünen Wellen über sie ausstüßte, daß sie sich aufschrien und sich donnernd überhürzten, dann stand Dittsel oft westwärts am Strand, dort, wo der Sturmwind hoch auftrug über die brandenden Wellen, dann war es ihr überwiegen, als müßte sie ganz tief unten im Meeresgrunde eine Jauertinsel suchen.

Und eine so brennende Sehnsucht nach dieser Jauertinsel beherrschte sie, daß sie oft kühnlich in den Sturmwind da draußen stehen und das Augenblicks barren konnte, wo aus Wogen und Sturmgebirg das extrahnte Geland wie eine fata Morgana vor ihr emporzustiegen schien, um sofort wieder zu verschwinden. ... Di hatte sie schon in früheren Tagen, auf den Grund des Meeres spähend, nach veruntenen Welten suchend, mit Dittsel Stöhnen auf den Dünen des Landes gestanden, damals, als sie noch Kinder waren und dann, als er Abschied nahm.

Warum kam ihr nur immer wieder die Erinnerung, und einmal, da waren sie im Wogengebirg hinausgeschwungen das Meer, sie ganz allein mit Dittsel Stöhnen. Eine Wetterwolke hatte über ihrem Daube gehangen und sie hatte gelacht und jauchend die weißen Schaumperlen aus den Loden geschüttelt. Und als wieder ein Blitzstrahl trafen herüberfuhr, da hatte Dittsel nur stumm auf das sich vor ihnen öffnende Wellental-gedeutet. Wie eine goldfarbige Stadt leuchtete es zu ihnen herauf. Stolz und majestätisch schimmerte ein Augenblick die fremde Welt im selben Goldlichte zu ihnen herauf, dann sagten braunholte Wellen darüber hin.

„Wie schön, Dittsel“, hatte sie trunkenen Auges gesagt und Dittsel hatte mit sinnendem Blick dazu genickt. „So“, hatte er, auf die Wellen deutend, leise zu Dittsel gesagt, „gibt es auch im Menschenherzen wie im Meere heimliche und wunderbare Schätze, nur wenigen sichtbar.“

Nur in den Gewitterstunden des Gemüts, wenn der Sturm der Leidenschaft darüber hinbraust, wird die Jauertinsel sichtbar. In den Stunden der Leidenschaft tauchen wir hinein in den reichen Wundergarten, den die wallenden Wogen des Lebens begarben und bedecken.“

Wozel hatte Dittsel damals nicht verstanden, aber ein Schauer war bei diesen Worten durch ihre Seele gezogen. „Ich glaube, du bist ein Dichter, Dittsel“, hatte sie damals zu dem Gespielen gesagt. Noch sah sie das Lächeln auf seinem braunen Gesicht, als er, die Zegel rufend, das Boot heimwärts trieb.

Und warum suchte sie jetzt so oft die Meerinsel am Strande und fand sie lange nicht mehr? Ach, so lange nicht? Wozel tröstete in dem warmen Sonnenlicht. Langsam ging sie die Hede entlang. Sie wollte doch leben, ein Leben hinter der Hede wirklich den Holunder gepflanzt hatte. Und siehe da: in fräulichen Wäldchen sah sie der beilige Strand empor. Wie lange, vielleicht ein kurzes Jahr nur, dann würde er die Rosenheden überragen und den Hügelgärtchen verdecken. Wenigstens der Garten des Hügelgärtchen würde dann nicht mehr den Blick von brühen preisgegeben sein. Frau Wozel atmete einen Moment wie befreit auf. Den Hügelgärtchen nicht immer und immer zu sehen, den Garten entlang streifen zu können, ohne die äulende Angst im Herzen, von da draußen gesehen zu werden. War das nicht ein Glück? Wozel lächelte vor sich hin und ihre Hand strich fast liebevoll über die Holunderbüsche.

Und wieder fiel ein Schatten auf ihren Weg, gerade wie damals, als die Rosenheden Knospen trieben. Wie gebannt blickte sie stehen und starrte in den Rasenbegrün. Da stand Dittsel Stöhnen. Sein dunkelblonder Bart glänzte wie Aitel Gold in der Sonne, aber auf seinem Gesicht lagen tiefe Schatten. Wie vornehm er in dem dunkelblauen Tuchanzug ausah, ganz anders als Wozels Handschuhe! So trug sich kein Eiliter Schiffer.

Wozel sah das alles mit greifbarer Deutlichkeit: sie sah aber auch, wie er, genau wie damals, mit soltem Auge über sie hinweg ins Meer blickte. Und physisch überkam es sie voll heiserer Angst, er könne ihr wieder wie eine Wille entweichen, und doch mußte sie ihm etwas sagen. Jetzt oder nie, dachte sie, und ihre blauen Wangen wurden noch bleicher, und ein Jittern drang durch ihre Glieder.

„Dittsel Stöhnen!“ rief sie beschwörend über die Hede. Der Mann, der unbeweglich, nur wenige Schritte von Wozel durch die Hede getrennt, von ihr entfernt stand, schaute sie nicht.

„Dittsel Stöhnen“, rief Wozel noch einmal mit bebender Kehle. Der Kapitän trat mit unbewegtem Gesicht dicht an die Hede.

Jetzt lästete er artig die Mühe und fragte mit kalter Höflichkeit: „Was wünschen Sie, Frau Jürgens?“ Wozel's Aine wandten. Wie kalt, wie eisig! sein Ton klang! Sie froh bis ans Herz... Ja, was wollte sie denn eigentlich? Sie hatte es wirklich vergessen. Wenn, das war doch gar nicht möglich, daß sie zu dem höchsten Name dort, der ihr so fremd und frohlich gegenüberstand, eine Bitte aussprechen konnte, eine Bitte, die ihr fast das Herz abdrückte. Ihr Blick irrte wie Dittsel suchend zu ihm herüber.

„Dittsel“, sagte sie stöhnend mit bebenden Lippen, „Ich will Frieden machen! Ich ertrage es nicht länger, daß du in Stroll und daß dahinst und mit feindlich. Heute

an unsere Kindheit, an Vater und Mutter, und daß du mich damals so gern gehabt, und verzeihe mir, daß ich dich fränten mußte. Gib mir Frieden, Dittsel, ich bitte dich!“

Mit leeren Augen sah Dittsel auf die blonde Frau mit dem blauen Gesicht. Er trat einen Schritt weit von der Hede zurück und sagte ruhig: „Das sieht Euch an, Frau Jürgens. Ich bin Euch weder Feind noch Freund. Wir, das wißt Ihr, haben nichts mehr miteinander zu tun. Das ist so, das habt Ihr selber gewollt.“ Ich nehme Euch den Frieden nicht. Hört Ihr wohl?“

„Dittsel“, sagte sie stöhnend, mit bebenden Lippen, während ihr eine heiße Röte über die Wangen flutete. „Du bist so freundlich, fürchterlich in deiner eisigen Ruhe. Deiner letzten, herzlosen Rede preisgegeben, muß ich ja zugrunde gehen, sei barmherzig, ich bitte dich! Ich habe ja ein Kind, ein kleines, süßes, herziges Kind, für das ich leben muß. Nimm mir das Leben nicht grausam, Dittsel Stöhnen!“

Der Kapitän warf einen seltsam forschenden Blick auf die hochgewachsene Frau hinter der Rosenhede. Fast war es, wie Spott, was in seinen Augen funkelte. „Gernad, Frau Jürgens“, entgegnete er ruhig. „Ihr sprecht, als als wollt ich Euch ans Leben, und ich bin Euch doch niemals zu nahe getreten.“

„Du bist da, Dittsel, und damit ist alles gesagt. Als ewige Mahnung an das, was einst gewesen, als ewiger Schatten, der sich zwischen mich und das Glück drängt.“ „Nicht doch, Frau Jürgens, Ihr übertriebt. Ich sehe Euch kaum und ich denke auch nicht an Euch, wie Ihr wohl auch nicht an mich denkt. Daß unsere Hufe aneinander stoßen, braucht Euch nicht zu kümmern. Geschieht es doch, so ist das wohl ein sicheres Zeichen, daß Ihr Herz nicht ganz frei ist von einer Schuld, die Ihr einst mit kaltem Herzen und kaltem Lächeln geleugnet habt. Wir gehen jeder unsere eigenen Wege, wie Ihr es gewünscht. Ich habe bisher Eure Wege noch nicht gekreuzt. Warum kreuzt Ihr die meinen?“

„Dittsel, du bist grausam. Aber ich kenne dich nur zu gut, und weil ich dich kenne, darum weiß ich auch, warum dieser Todeshügel, dein Hof, an den untern grenzt. Wenn du mich liebst, Dittsel, wenn jemals eine Stimme in deinem Herzen für mich gesprochen hat, so erfüll meine einzige und letzte Bitte: geh fort, Dittsel, laß den Hügelgärtchen. Geh fort über ferne Meere und Länder, nur eine kleine Weile, Dittsel, wenn du es nicht für immer kannst, und ich will dich segnen. Hört du mich, Dittsel?“

Ein triumphierendes Lächeln stieg in die dunklen Augen des Kapitän. Er holte tief Atem, als er gleichmäßig antwortete: „Ich bebaue sehr, Euren Wunsch nicht erfüllen zu können, Frau Wozel Jürgens. Wäre ich Euer Freund, so bräute ich wohl gern ein Opfer. Für Fremde ist es mir zu groß. Gebabt Euch wohl!“ Er sog grübelnd die dunkle Luft ein und schritt dann langsam die Hede entlang dem Meere zu.

Wozel stand unbeweglich, mit trampfhaft verschlungenen Händen. Eine Träne löste sich schwer von ihren dunklen Wimpern und rann langsam die blaße Wange herab. Wie gebrochen, fast hilflos, tastete sich Frau Wozel unsicher die Hede entlang dem Hause zu. Die Sonne war verschwunden. Ein scharfer Wind blies jetzt vom Meere herüber und dunkle Wolken saugten über den Hügelgärtchen.

Nationalversammlung.

Präsident Scheubach eröffnet die gestrige Sitzung um 10^{1/2} Uhr mit einer Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Unabh. Sozialisten lebend anreden: Gekannt sind unsere Ostmarken feierlich in die Reichshauptstadt einbezogen. Es ist der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes nicht verweigert worden, sie am Brandenburger Tor zu begrüßen. Dafür soll von hier aus der herzlichste Gruß an die deutsche Heimat zukommen. (Auseinandergehende Zustimmung.) Ehre und Dank, unsterblicher Ruhm dem Führer dieser tapferen Armee, dem General von Lettow-Vorbeck und seinen Offizieren, dem Gouverneur und seinen Beamten und der gesamten deutschen Anlieberchaft von Ostafrika.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs.

Minister Dr. Brüning: Die Verfassung kann sich auf Einzelheiten nicht einlassen und ihre Aufgabe kann nur sein, die Zukunft des Reiches für das, was wir jetzt Sozialisten nennen, in möglichst weitem Maße festzustellen. Wir wollen vom Standpunkt der Demokratie aus die unbedingte Unterwerfung auch des Reichsoberhauptes unter Recht und Gesetz reiflos durchführen, in der Verantwortlichkeit dem Gesetz gegenüber soll kein Unterschied sein zwischen dem Reichsoberhaupt und dem geringsten Bürger. Im übrigen hängt mit der Frage des Präsidenten noch eng zusammen die Frage des Präsidenten der Gliedstaaten. Es ist reiner Selbstverleugung, wenn die Vertreter des Volkes hinweisen auf die Jahre des Glücks, der Macht und des Aufschwungs unter der Geltung der alten Verfassung. Eine feste Zeit: Die entscheidende Feuerprobe des Anlasses hat der alte Zustand nicht bestanden, und nicht an glücklichen Zuständen ist die Kraft einer Verfassung zu bemessen, sondern an dem, was sie im Unglück, im Leid und im Niedergang hält. Nach dem Zusammenbruch war die alte Verfassung unhaltbar. Die einzige mögliche tragbare Grundlage ist die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. In den wichtigsten Punkten ist die Ueberreife erreicht worden. Dem Gedanken der berufständigen Vertretung stehen so überwindende Bedenken gegenüber, daß ich es nicht für wahrscheinlich halte, daß er Aufnahme in die Verfassung finden kann. Die in einem Reichsrat unermessliche Ausnahmehandlung Breußens würde in einem Staatenbau weniger notwendig sein. Die Gliedstaaten leisten entscheidenden Wert auf ihre Mitwirkung an der Verwaltung auch in beschleunigter Form, und so hätte neben dem Staatenbau noch ein Reichsrat bestehen müssen. Demgegenüber sehe ich in dem Reichsrat ohne Staatenbau das kleinere Übel. Große und wichtige Teile der Verfassung sind in voller Ueberreife mit den Gliedstaaten aus den Beratungen hervorgegangen. Unbefriedigt ist im wesentlichen nur die Aufrechterhaltung der Sonderrechte geblieben. Nachdem die Vertretungen der Gliedstaaten angeht, haben mit welcher Dravour sie an diesen Rechten festhalten versuchen, und nachdem sie jetzt einem neuen geschlossenen Willen der Nationalversammlung gegenüberstehen, hoffe ich, daß nunmehr eine friedliche und freundschaftliche Vereinbarung zu erzielen sein wird. Nur das Reich, wenn es in fester geschlossener Einheit und Kraft zusammensteht, wird geführt von einer starken Regierung, getragen von einem einheitsdeutschen Parlament, die Möglichkeit haben, die Gefahren zu bannen und zu überwinden, die nicht jedem Einzelstaat nur, sondern dem Reich insgesamt drohen. Aber mögliche Güte tut not. (Beifall.)

Abg. Weyers (Unabh.) spricht gegen die Gefahren des preußischen Zentralismus. Hannover führt seit 50 Jahren einen Kampf ums Recht. Nicht durch Vertrag, sondern nur durch Gewalt ist Hannover an Preußen angeschlossen. Das ganze hannoversche Volk fordert eine Befreiung des Landes von 1866.

Preussischer Justizminister Heine: Die vorläufige preussische Regierung handelt sicher mit der Zustimmung der Mehrheit des preussischen Volkes, wenn sie hier ein freudiges Bekenntnis für den Reichsgedanken und für den Ausbau des Reiches ablegt. Das deutsche Reich ist unter preussischer Führung zustande gekommen und Preußen würde sich selbst verkaufen, wenn es dem Reichsgedanken untreu werden sollte. Es soll keine Unterdrückung der Stammes-eigenarten erfolgen. Wir müssen das schwere Werk so schnell wie möglich durchführen. Man darf nicht das fordern, was im deutschen Volk noch fröhlich und lebensvoll ist. Der Vorkredner will eine Festfälligkeit Breußens. Die Vertreter Breußens haben entschieden den Reichsgedanken verfolgt und vor einer Ueberreife der Sonderrechte gewarnt. Breußen hat sich bereit erklärt, daß sein Heer zum Reichsheer, seine Eisenbahnen zu Reichseisenbahnen gemacht werden. Es hat große Zugeständnisse auf finanziell-politischem Gebiete gemacht. Es erwartet eine gleiche Bereitwilligkeit von anderer Seite. Quantitative Pläne lehnen wir ab. Eine Zerstückelung Preußens wäre ein schlechtes Beispiel für die Einheit Deutschlands. Das wäre nicht vorwärts, sondern zurück, das wäre der Weg zum Untergang. (Beifall.)

Abg. Vogel-Hörnberg (Soz.): Diesmal handelt es sich nicht um eine bürgerliche Revolution, sondern um eine proletarische. Die gesamten Vordenkungen müssen umgeben in den Besitz des Staates übergeben werden und zwar ohne Entschädigung. Das wertvollste Gut, die Arbeitskraft, muß unter den Schutz des Reiches gestellt werden.

Darauf tritt eine Pause bis 4 Uhr ein.

Um 4 Uhr 20 Min. werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Dr. Heyer (Ztr.): Die bayrische Volkspartei vertritt den Gedanken einer Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Charakters und einer Gewaltenteilung zwischen Reich und Gliedstaaten. Wir wollen gegenüber den Unitarisierungsbestrebungen die berechtigten gliedstaatlichen Interessen gewahrt wissen. Der Unitarismus zielt heute in der Forderung, daß mit Befreiung der Monarchie auch die Gliedstaaten fallen müssen. Diese Forderung steht zu der ersten Resolution gegen die Fürsten und den Militarismus eine zweite Resolution gegen die Einzelstaaten. Das Ziel des Unitarismus ist nicht erreichbar ohne Zerstörung der einzelstaatlichen Staatsgewalt. Demgegenüber steht in Nord und Süd eine starke Anhänger-schaft des Föderalismus. Der Bundesstaat ist ein Ort hoher Kulturwerte. Eine Gelandung der verworrenen bayerischen Verhältnisse kann nur durch einen selbständigen bayerischen Staat erfolgen. Für den Unitarismus ist das bayerische Volk nicht zu haben, weil es darin immer die Gefahr einer Verprellung wittert. Die eigentlichen Träger der Kultur sind doch die Einzelstaaten.

Reichsminister Dr. Brüning widerpricht der Grundtendenz dieser Rede. Niemand verkennt die Kulturleistungen der Einzelstaaten, aber wir haben doch eine deutsche Kultur.

Abg. Dr. Schöner (Unabh.): Herr Brüning überleitet die Bedeutung, die die Mittelstaaten haben. Preußen darf nicht zerstückelt werden.

Weiterberatung Dienstag.

Sächsische Volkammer.

SSB. Dresden, 3. März 1919.

Die Sitzung wird von Präsident Fräßdorf um 3 Uhr eröffnet.

Es werden zwei Telegramme verlesen. In dem ersten geben 3000 Eisenbahngesellen und Betriebsarbeiter aus Leipzig der Volkammer Kenntnis, daß sie nicht freiwillig, sondern gezwungen die Arbeit eingestellt haben. In dem zweiten Telegramm beschwerten sich die Dürzener Nachrichten darüber, daß die Stadt vom Arbeiter- und Soldatenrat zwei Tage lang verboten worden ist.

Auf der Tagesordnung stehen der Antrag Arzt und Genossen, die Erwerbslosenfürsorge betreffend.

Abg. Scherffig (Soz.) begründet die Interpellation und weist darauf hin, daß die Unterstellungen in Sachsen zwischen Nr. 3.50 und 6.— schwanken. Es wäre eigentlich, wenn Unterstellungen so verschieden seien, als Maßstab sollten die jeweiligen Lebensmittelpreise an den betreffenden Orten gelten. Diese seien in Sachsen nicht so verschieden, daß die Differenz zwischen Nr. 3.50 und Nr. 6.— gerechtfertigt sei. Der frühere Arbeitsverdienst könne für die jetzt zu zahlende Erwerbslosenunterstützung nicht als Richtschnur dienen, weil die Arbeitslöhne heute bereits im Abwau begriffen seien. Als Grundlage für die Unterstützung sollte dienen, was der Arbeiter unbedingt zum Leben braucht. Auf der anderen Seite sollte aber auch geprüft werden, ob die Unterstützung und Bedürftigkeit immer vorhanden ist. J. B. gebe es Leute auf dem Lande, die Landwirtschaft besitzen und Unterstützung bekommen und daneben noch auf ihrem Acker arbeiten. Die Arbeitererschaft hätte durch den Krieg Opfer genug gebracht, weitere Opfer könnte man ihr nicht zumuten. (Beifall.)

Wirtschaftsminister Heide: Bei der Beurteilung der Einführung der Erwerbslosenunterstützung mußte beachtet werden, daß es der Regierung darum zu tun war, nachdem alle Demobilisationspläne infolge des unvorhergesehenen Ausganges des Krieges und der überfüllten Demobilisation über den Haufen geworfen worden waren, schnell zu handeln und eine Verordnung den neuen Verhältnissen entsprechend herauszubringen. Die sächsische Regierung habe sofort nach Erscheinen der Reichsverordnung verfügt, daß Erwerbslosenfürsorgeausstöße gebildet würden. Die sächsische Regierung beabsichtige weiter eine gewisse Höhe als Grundlage der zu zahlenden Erwerbslosenunterstützungen festzusetzen. Damit die Auszahlung der Unterstützung sich reibungslos vollziehe, sei angeordnet worden, daß die Auszahlung im Einvernehmen mit den Arbeitervereinigungen vorzunehmen sei. Die sächsische Regierung habe also alles getan, um die noch offenen Angelegenheiten und Härten zu mildern. Weiter möchte er dann Ausführungen über das Steigen der Erwerbslosen zahlen. Darnach hatten im Ende Dezember 1918 23000 Erwerbslose. Für März werde ein noch weiteres Steigen erwartet, während man hoffe, daß man im April einen Rückgang verzeichnen könne. An finanziellen Aufwänden seien gemacht worden für Monat Dezember 1918 255 439 Mark, für Januar 1919 12 867 423 Mark. Das beste Mittel aber, der Arbeitslosigkeit abzuwehren, sei die Beschaffung von Arbeit, und die sächsische Regierung habe umfangreiche Anstöße als Notstandsarbeiten vorgegeben. Der Minister schließt mit den Worten: „Möge die sächsische Arbeitererschaft daran denken, daß die gegenwärtigen Ansuchen im Innern und die wilden Streiks letztlich zur Folge haben, daß das Wirtschaftsleben noch mehr erschüttert, ja vielleicht ganz untergraben wird und daß die Opfer der Erwerbslosen in noch erhöhtem Maße steigt.“ (Beifall.)

Zur weiteren Verantwortung der Interpellation führt Finanzminister Rißke aus, daß das Finanzministerium in der Erwerbslosenfürsorge namentlich durch die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit beteiligt sei, aber die Notstandsarbeiten würden jetzt durch die teuren Rohmaterialien mindestens dreimal so teuer als in normalen Zeiten. Daran ansetzend machte er Ausführungen über unsere gegenwärtige Finanzlage. Die Einnahmen und Ausgaben des sächsischen Staates in ein etragsfähiges Verhältnis zu bringen, sei eine ernste Sorge. Unsere Staatsschuld habe während des Krieges eine Vermehrung von 23 117 300 Mark erfahren. Außerdem beständen noch Wechselverbindlichkeiten. Es müsse weiter damit gerechnet werden, daß die hohen Ausgaben voraussichtlich noch wachsen und die Einnahmen aus den Staatsbetrieben einen weiteren Rückgang erleiden würden. Die sächsische Staatsbahn habe im Jahre 1918 mit einem Festbetrag von 70 Millionen Mark zu rechnen gehabt und befürchte für das laufende Jahr ein noch größeres Defizit. (Hört, hört!) Dazu komme ferner, daß unsere Steuerquellen von Seiten des Reiches noch mehr in Anspruch genommen würden. Unsere sächsische Finanzlage sei also ernst, aber zu katastrophalen Entwicklungen werde es nicht kommen. Zur Einlösung des Gasereineubaus in Dresden und des Neubaus eines demisch-technischen Institutes in Leipzig lagie er, daß diese Einrichtungen nur vorläufige seien wegen der erhöhten Kosten für Material, und daß darüber die Volkammer entscheiden müsse. Die umfangreichen Notstandsarbeiten habe die Staatsbahn beschaffen. Weitere größere Arbeiten seien von der Straßen- und Wasserbauverwaltung in Aussicht gestellt. Die Löhne bei diesen Arbeiten würden nach den ortsüblich anerkannten Tarifen bezahlt werden. Zum Schluß macht der Minister noch Ausführungen über den Kleinwohnungsbaue. Dieser solle in großem Umfang durchgeführt werden. Vielleicht könne dadurch der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden.

Abg. Günther-Plauen (Dem.) gibt ein unerfreuliches Bild von den derzeitigen Plauen Verhältnissen. Die Arbeitslosigkeit führt er vor allen Dingen auf den Mangel von Rohstoffen zurück.

Abg. Dennhardt (Unabh.) meint, die Arbeitslosigkeit könne von Seiten der Regierung nur durch die Monopolisierung und Sozialisierung gehoben werden und begründet dies mit Beispielen.

Abg. Lehnia (Unabh.) bezeichnet die Arbeitslosenfürsorge als eine Notwendigkeit unserer Zeit, verlangt aber eine Kontrolle gegen den Mißbrauch, der aus dem Gesetzen erwachse. Der Vorschlag, die Arbeitsnot durch die Verfüzung der Arbeitszeit einzuführen, sei nur in ganz wenigen Fällen gangbar.

Abg. Rietzhammer (D. P.) spricht über die allgemeine Arbeitslosigkeit, von der das Volk jetzt erfaßt ist. Er preist den Segen der Arbeit, und das Wort „Im Schwitzbein des Angelegten sollst du dein Brot essen“ sei immer noch wahr. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitslosigkeit greife aber immer mehr um sich, das führe zu einer Demoralisation unseres Volkes.

Abg. Linke (Soz.) tritt den vom Vorkredner über die Arbeitslosigkeit der Arbeiter dargelegten Ausführungen entgegen. Nicht in den Arbeitertreien seien die Arbeitslosen zu finden, sondern in den Kreisen der Kriegsgewinnler. Er tritt für eine 4-6 stündige Arbeitszeit ein, um

dann eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigen zu können. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung weist er darauf hin, daß in Sachsen außer der Erwerbslosenunterstützung noch eine Teilzeitarbeitslosenunterstützung existiere. Er möchte der Regierung anheimgeben, diese beiden Unterstützungen zu vereinigen.

Abg. Leithold (Unabh.) spricht u. a. über die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft und behauptet, daß dies ein Ueberangebot von Arbeitskräften habe.

Abg. Weich (Dem.) heißt die seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen, der Arbeitslosigkeit abzuwehren, gut. Die Landwirtschaft müsse jedoch einen Teil der Arbeitslosen unterbringen. Nachdem

Abg. Schäfer (Unabh.) noch Ausführungen über die Leipziger Arbeitsverhältnisse gemacht hat, wird die Debatte geschlossen.

Präsident Fräßdorf: Die Regierung habe zu der eingebrachten Interpellation keine Entschliezung zu treffen.

Schluß der Sitzung 7^{1/2} Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 4. März, vormittags 10 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Interpellation der Abgeordneten Lehnia, Dr. Kaiser, Dr. Koch und Dr. Rietzhammer, die Verlesung Sackens mit Lebensmitteln betreffend. 2. Interpellation des Abgeordneten Dr. Koch und Genossen, die Kartoffelnot betreffend. 3. Allgemeine Vorbereitung über den Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen wegen Aufhebung der Blockade.

Zur Lage.

Die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen. Zwoer Blätter geben in einer Pariser Meldung eine Grundlage der Bedingungen, die von dem allierten Ausschuss der Pariser Konferenz für die Verlängerung des Waffenstillstandes zugrunde gelegt worden sind. Die deutschen Beerecksstände dürfen danach 200 000 Mann nicht übersteigen. Leitung und Ausrichtung dieser Truppen sind strengen Regeln unterworfen. Artillerie und Flugwesen werden auf schärfste Ueberwacht und dürfen die von den Alliierten festgesetzten Grenzen nicht überschreiten. Den in Deutschland im Betrieb erhaltenen Kriegswerkstätten wird ein Höchstmaß der Produktion vorgezeichnet sein. Ein internationaler Inspektionsausschuss wird eine ständige Kontrolle der Truppen und Fabriken durchführen. Die deutsche Flotte, einschließlich der Kriegsschiffe, wird völlig beschlagnahmt, sowohl die internierten wie die im Bau befindlichen Schiffe. Alle Verteidigungsanlagen an der Ostküste müssen zerstört werden. Die überseeischen Kabel deutscher Gesellschaften gehen in den Besitz der Alliierten über. Deutschland hat auf die Dauer von 30 bis 50 Jahren jährlich eine Summe von 10 bis 20 Milliarden an einen internationalen Finanzausschuss zu zahlen, der die Modalitäten der Zahlungswiese zu regeln hat. Voraussetzlich werden besondere Steuern zur Abtragung der Schulden Deutschlands herangezogen werden und außerdem die Ertragssteuern der deutschen Böse. Die augenblickliche Besetzung des Rheinlandes wird während dieser Zeit voll aufrechterhalten bleiben. Eine aus ernstlichen und strategischen Erwägungen festgesetzte Demarkationslinie wird Deutschland und Polen, sowie Deutschland und Oesterreich trennen.

General Ludendorff und die Entziehung des Waffenstillstandsangebots. Die Meldung aus Berlin: In einer von den Blättern veröffentlichten Unterredung hat General Ludendorff sich über die Entziehung des deutschen Waffenstillstandsangebots vom Oktober 1918 geäußert. An diesen Uebertragungen ist zunächst von allergrößtem Wert das Bekenntnis des Generals, daß er selbst vom Späthommer 1918 ab mit aller Kraft für einen Friedensschluß eingetreten sei. Was die Geschichte des Waffenstillstandsangebots im einzelnen betrifft, so sind auf Grund der demnächst erscheinenden amtlichen Denkschrift 3 Stadien in ihr zu unterscheiden. 1. Ende September und in den ersten Tagen des Oktober drängte General Ludendorff auf sofortige Herausgabe des Friedensangebots. 2. Am 17. Oktober kam General Ludendorff in einer Kabinetsitzung in Berlin zu folgendem Votum: Die deutsche Front habe besser gehalten, als er vor 3 Wochen gedacht. Wenn man ihm mehr Reserven in Aussicht stelle, glaube er, den Krieg fortzuführen zu können. Er vertraue dabei freilich mehr auf sein Soldatenglück. Eine Garantie dafür, daß wir bei Fortsetzung des Krieges militärisch und politisch besser dastehen würden, könne er nicht geben. Die politische Reichsleitung sah nach eingehenden Beratungen in einer solchen Fortsetzung des Krieges ein Kasarbidiel. Der Reservenmangel, der in Aussicht gestellt werden konnte, war quantitativ und qualitativ unzureichend. Trotz einzelner heroischer Leistungen war mit einer Festigung der deutschen Westfront bei den täglich helgenden technischen und numerischen Ueberlegenheiten des Feindes nicht zu rechnen. Eher war nur, daß Tob, Glend und Jertörung nicht nur über weitere Teile Belgiens und Nordfrankreichs, sondern später auch in das eigene Land hineingetragen werden würden. Daher sprach die politische Reichsleitung die Gespräche mit Washington nicht ab, sondern verhandelte weiter auf der Grundlage von Wilsons Bedingungen. Auch in diesem Stadium der Entwicklung hat übrigens General Ludendorff niemals Wap und klar den Abbruch der Verhandlungen verlangt. Das dritte Stadium trat ein, als Marshall Foch seine Bedingungen für einen Waffenstillstand überreichte. Diese überstiegen das erwartete Maß um ein vielfaches. Trotzdem gab im Einvernehmen mit der politischen Reichsleitung General Ludendorff von Hindenburg seine Meinung dahin ab, daß zu unterzeichnen sei, auch wenn Abänderungen nicht erreicht werden.

Die Besprechungen über den Ausblick Deutsch-Oesterreichs. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Mit Ermächtigung der beiderseitigen Kabinette haben in Weimar Besprechungen des deutsch-oesterreichischen Staatssekretärs für Aeußeres Dr. Bauer mit dem Reichspräsidenten und mit Mitgliedern der deutschen Reichsregierung über den von beiden Seiten angebotenen Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reich stattgefunden. Die politische Aussprache wurde in Berlin mit dem Reichsminister Grafen Brodorski-Planau fortgesetzt und abgeschlossen. Sodann trat man unter seinem Vorsitz in kommissarische Verhandlungen über Einzelfragen ein. Der Zusammenschluß soll sich somit nach Abschluß der Verhandlungen über die Einzelfragen durch einen Staatsvertrag vollziehen, der den beiden Nationalparlamenten zur Genehmigung vorzulegen wäre. Nach Ratifikation des Vertrages soll die Durchführung des Zusammenschlusses durch Reichsgesetze erfolgen, bei deren Beratung und Verabschiedung deutsch-oesterreichische Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches beteiligt werden würden. In handels-politischer Beziehung werden in erster Linie die Uebergangsbestimmungen beim Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das deutsche Zollgebiet erörtert. Bei Besprechung der haatsfinanziellen Fragen wurde einvernehmlich der Grundgedanke festgelegt, daß jeder der beiden Teile der Erhaltung von Kriegsschulden an die Kriegsgegner diese besonders zu tragen habe. Endlich wurde die künftige Stellung der Stadt Wien, die den Rang einer zweiten Reichshauptstadt erhalten soll, besprochen und hierbei von den Ver-

